

## **EMPFEHLUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG ZUR REAKTION AUF DIE SCHWERE HUMANITÄRE KRISE IN AFGHANISTAN UND ZUR STÄRKUNG DER AFGHANISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT**

Der Verband Afghanischer Organisationen in Deutschland (VAFO) und der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) sowie Vertreter\_innen der afghanischen Zivilgesellschaft innerhalb und außerhalb von Afghanistan formulieren in dieser gemeinsamen Erklärung Maßnahmen, die die Bundesregierung mit Blick auf die gegenwärtigen schweren Krisen in Afghanistan dringend ergreifen sollte. Die gemeinsame Erklärung ist das Ergebnis eines Konsultationsprozesses mit Akteur\_innen der afghanischen und deutschen Zivilgesellschaft. Sie basiert weiterhin auf Forderungen, die am 7. Oktober 2022 auf der Konferenz „Eine starke afghanische Zivilgesellschaft – Chancen für Afghanistan?“ in Berlin erarbeitet wurden.

Die Erklärung nimmt die drei Hauptforderungen afghanischer Frauen an die gegenwärtige De-facto-Regierung auf: Nān (Brot/Ernährungssicherheit) – Kār (Arbeit/Beschäftigung) – Āzādi (Freiheit).

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 – gefolgt von Wirtschaftssanktionen, dem Rückzug der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und politischer Isolation auf internationaler Ebene – hat eine schwerwiegende humanitäre und wirtschaftliche Krise herbeigeführt. Afghanische Frauen und Kinder, insbesondere Mädchen, sind davon am stärksten betroffen. Nach zwei Jahrzehnten hart erarbeiteter Errungenschaften werden afghanische Frauen nun erneut ihrer grundlegenden Menschenrechte auf Bildung, Beschäftigung, Meinungsfreiheit und Bewegungsfreiheit beraubt. Die Politik der De-facto-Regierung läuft auf ein Regierungsmodell der Gender-Apartheid hinaus. Derweil hat die Wirtschaftskrise des Landes nahezu die gesamte Bevölkerung unter die Armutsgrenze gezwungen. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung und anderen lebenswichtigen Gütern sind eingeschränkt.

Die Bundesregierung spielt seit langem eine wichtige Rolle in Afghanistan. Sie stellte Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung, stärkte die Wirtschaft und Beschäftigungsmöglichkeiten. Deutschland beteiligte sich in vielen Bereichen maßgeblich am Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Infrastruktur und unterstützte insbesondere die Ausbildung von Fachkräften in der afghanischen Verwaltung.

Zur zukünftigen Unterstützung der afghanischen Bevölkerung fordern wir die Bundesregierung auf, die Entwicklung einer neuen internationalen Strategie voranzutreiben, um auf die vielen Krisen in Afghanistan zu reagieren. Deutschland trägt auf Grund seines bisherigen Engagements, seiner starken politischen und diplomatischen Stellung in der internationalen Gemeinschaft und seines Bekenntnisses zu einer feministischen Außenpolitik eine besondere Verantwortung.

## **Deutschland als Fürsprecher und Partner des afghanischen Volkes**

Deutschland sollte zur Unterstützung der Menschen in Afghanistan auf internationaler Ebene eine Vorreiterrolle einnehmen und

### 1. in Bezug auf die Menschenrechte

- seine Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat nutzen und sich für einen stärkeren UN-Mechanismus einsetzen, um die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen. Es müssen Beweise für in Afghanistan begangene Verbrechen gesammelt, verifiziert und sichergestellt werden, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können.
- die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats dazu aufrufen, alle Ausnahmen von den Reiseverboten für Taliban-Führer dauerhaft aufzuheben und zu prüfen, ob weitere Taliban-Führer aufgrund ihrer Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen auf die Liste der sanktionierten Personen gesetzt werden sollten.
- In Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Regierungen, die einen Sitz im UN-Sicherheitsrat haben, diplomatischen Druck auf die Taliban ausüben, damit

sie das Verbot der Sekundarschulbildung für Mädchen im ganzen Land aufheben.

- Netzwerke fördern und finanzieren, die einen Beitrag zur Rechenschaftspflicht und Bewusstseinsbildung leisten (soziale Medien, traditionelle Medien), da diese eine entscheidende Rolle dabei spielen können, die aktuelle Menschenrechtslage in Afghanistan zu überwachen und Einblicke in die Lage vor Ort zu gewähren.
2. mit dem Ziel, die Menschen in Afghanistan zu empowern und ihnen eine Stimme zu geben,
- sich dafür einsetzen, dass Vertreter\_innen der afghanischen Zivilgesellschaft, einschließlich Verteidiger\_innen von Frauenrechten, in allen relevanten internationalen Gremien zu Afghanistan vertreten sind und bei Entscheidungen miteinbezogen werden.
  - Vereinbarungen mit der Taliban an die Bedingung knüpfen, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere in Wirtschaft und Politik sowie im Bildungs-, Rechts- und Gesundheitswesen, ermöglicht wird.
3. zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- seine Finanzierung auf die zivilgesellschaftliche Arbeit in Afghanistan fokussieren und Kriterien für zivilgesellschaftliche Förderprogramme entwickeln mit dem Ziel, mehr Frauen einzubeziehen, kleinere Initiativen zu stärken und die ländlichen Gebiete Afghanistans zu erreichen.
  - auf der Unabhängigkeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Afghanistan bestehen, um ihre Arbeit und ihre Projekte vor einer Einmischung der Taliban zu schützen, insbesondere vor dem Hintergrund der Bestrebungen der De-facto-Regierung, die NRO in Afghanistan zu kontrollieren.
  - gemeinsam mit gleichgesinnten Regierungen die Taliban dazu drängen, das Gesetz über Nichtregierungsorganisationen von 2005 beizubehalten. Internati-

onale Banken und das UN-System müssen sichere Geldtransfers internationaler und ausländischer Organisationen nach Afghanistan ermöglichen, um Menschen in Not zu erreichen. Die Taliban dürfen diese sicheren Wege nicht behindern.

- evakuierte Vertreter\_innen der afghanischen Zivilgesellschaft sowie Vertreter\_innen der afghanischen Diaspora darin unterstützen, sich besser zu vernetzen, um gemeinsame Positionen zu entwickeln.

#### 4. zur Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft

- einen institutionalisierten ständigen Dialog zwischen dem Auswärtigen Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) etablieren, um die Afghanistan-Politik abzustimmen und Entscheidungen vorzubereiten – unter Berücksichtigung von und im Austausch mit Vertreter\_innen der afghanischen Zivilgesellschaft, einschließlich Frauen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen.
- seine Schutzprogramme für evakuierte und geflüchtete afghanische Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft, für Menschenrechtsverteidiger\_innen, Frauen, Menschen mit Behinderungen sowie Mitglieder religiöser und anderen Minderheiten verlängern und erweitern.
- die bestehenden Austauschprogramme besser finanzieren, um die Netzwerkbildung zwischen verschiedenen Teilen der afghanischen Diaspora zu fördern.

Dem Deutschen Bundestag kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, die Menschenrechtssituation in Afghanistan zu überwachen und Maßnahmen auf internationaler Ebene voranzubringen. Die kürzlich eingesetzte Enquete-Kommission, die Lehren aus dem bisherigen deutschen Engagement in Afghanistan ziehen soll, ist ein wichtiges Signal dafür, aus vergangenen Fehlern zu lernen. Die Debatte über eine bessere Unterstützung Afghanistans muss sowohl in den Ausschüssen, Plenardebatten und deutschen Delegationen nach Afghanistan und benachbarten Ländern aufrechterhalten werden.

## Ernährungssicherheit

Über die Hälfte der Bevölkerung Afghanistans benötigt humanitäre Unterstützung, und sechs Millionen sind vom Hungertod bedroht. Mindestens eine Million Kinder leiden an lebensbedrohlicher Unterernährung. Ernährungsunsicherheit ist somit ein Hauptfaktor für die steigende Sterblichkeitsrate von Erwachsenen und Kindern. Wir fordern daher:

- Die humanitäre Unterstützung muss ausgeweitet und finanziell gestärkt werden, um die steigende Anzahl von Menschen zu erreichen, die von Hunger betroffen sind. Besonders dringend benötigen von Frauen geführte Haushalte bzw. Familien alleinerziehender Mütter, von Mangelernährung bedrohte Mütter und Kinder, Menschen mit Behinderungen und ethnische Minderheiten Unterstützung.
- Ein solider UN-Mechanismus muss eingerichtet werden, um eine faire Verteilung der internationalen und nationalen Mittel über alle Provinzen und Menschen hinweg zu gewährleisten. Die Verteilung muss frei von Einmischung und Kontrolle durch die De-facto-Regierung und nach humanitären Grundsätzen erfolgen.
- Die Reserven der afghanischen Zentralbank gehört den Menschen in Afghanistan und sind dazu bestimmt, wichtige Aufgaben der Zentralbank zu erfüllen. Bis die Menschen in Afghanistan eine legitime Regierung gewählt haben, sollten die Zentralbankreserven außerhalb Afghanistans eingefroren bleiben, damit diese in Zukunft für die finanzielle Stabilisierung und wirtschaftliche Aktivitäten genutzt werden können.
- Deutschland sollte seine Unterstützung für die Opfer der jüngsten Naturkatastrophen ausweiten. Tausende Familien haben infolgedessen ihre Unterkunft verloren und keinen Zugang mehr zu sauberem Wasser und zu einer medizinischen Versorgung.

## Beschäftigung und Grundversorgung

Nach der Rückkehr der Taliban haben Tausende qualifizierte Fachkräfte, darunter Rechtsanwält\_innen, Richter\_innen, Lehrer\_innen, ehemalige Mitglieder der afghanischen Sicherheitskräfte und Mitarbeiter\_innen von nationalen und internationalen Organisationen, ihre Arbeitsplätze verloren. Infolgedessen stieg die Arbeitslosenquote stark an, sodass extreme Armut und die Ernährungsunsicherheit sich verschärften. Wir schlagen die folgenden Schritte vor, um zu verhindern, dass sich die Lage weiter verschlechtert:

- Deutschland sollte in enger Zusammenarbeit mit anderen Geldgebern weiterhin berufliche Weiterbildung fördern, um die Beschäftigungsperspektiven in Afghanistan zu verbessern.
- Deutschland sollte sich für ein Transaktionssystem einsetzen, damit auch Privatpersonen Geld direkt nach Afghanistan überweisen können, um die Menschen dort zu unterstützen.
- Deutschland sollte die Finanzierung von Bildungs- und Gesundheitsdiensten auf der Gemeinde- und Provinzebene über internationale Treuhandfonds oder andere unabhängige Finanzierungsinstrumente ausweiten. Die Finanzierung muss an die Bedingung geknüpft werden, dass Frauen vollen Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdiensten haben.
- Für die höhere und informelle Bildung sollten virtuelle Formate in Betracht gezogen werden. Partnerschaften mit Universitäten und Institutionen der Erwachsenenbildung sollten beibehalten werden.